

Thomas Bollwein

Rechtsextremismus

Was ist das und
was können wir dagegen tun?

VSA:



Thomas Bollwein
Rechtsextremismus
Was ist das und was können wir dagegen tun?

Thomas Bollwein ist promovierter Sozialwissenschaftler. Derzeit beschäftigt er sich mit den Bereichen Rechtsextremismus, Transformation und betrieblicher Selbstverwaltung.

Thomas Bollwein

Rechtsextremismus

Was ist das und
was können wir dagegen tun?

www.vsa-verlag.de

Dieses Buch ist dem Bayerischen Flüchtlingsrat
und seinen Mitarbeitenden für ihren ausdauernden
Einsatz für Menschenrechte gewidmet.

© VSA: Verlag 2024, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlagabbildung: Demonstration gegen Rechtsextremismus im Januar 2024
in Bamberg (Foto: Kim Becker)
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-217-2

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Rechtsextremismus – was ist das?	11
Rechtsextremismus: Sammelbegriff verschiedenster Strömungen	11
Rechte Einstellungen – ein gesellschaftliches Randphänomen?	14
3. Die Entstehung von rechtsextremen Einstellungen	17
Der Autoritarismus-Ansatz	19
Desintegration als Ursache von rechtsextremen Einstellungen	20
Prekarität	22
Stigmatisierung von Armut	23
Klassenbasierte Abwertung	25
Zukunftsängste	27
4. Rechtsextremismus und Verschwörungsideologien ...	31
Das Beispiel der Coronaleugner*innen	33
Verschwörungserzählung als ideologische Grundlage	34
Was tun gegen Verschwörungsmythen?	37
5. Handlungsfelder und Strategien der extremen Rechten	41
Rechtsextreme Strömungen – ein Überblick	41
Organisationsstruktur der rechtsextremen Szene	42
Rechtsextremismus und Wahlen	43
Parlamentarische Strategien	44
Finanzierung der extremen Rechten	45
Rechtsextreme Medien	46
Burschenschaften als »Kaderschmiede«	47
Transnationaler Rechtsextremismus	48
Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft	49
»Reichsbürger« und völkische Siedlungsbewegungen	51
Die »Einzeltäter«-These	53
6. Mitbestimmung und Rechtsextremismus	55
Mitbestimmung und Wirtschaft	56
Partizipative Demokratie als Gegenmodell	58

7. Rechtsextreme erkennen	61
Rechtsextreme Zahlen- und Buchstabencodes	61
Rechtsextreme Symbole	64
Bekleidung	66
Rechtsextreme Musik	67
8. Strategien gegen Rechtsextremismus	71
1. Umgang mit rechtsextremen Äußerungen	72
2. Gegenstrategien auf lokaler Ebene	75
3. Betriebliche Gegenstrategien	79
4. Strategien im Netz	83
5. Strategien gegen ethnischen Nationalismus	85
6. Recherche- und Aufklärungsarbeit	87
7. Zivilgesellschaftliche Gegenstrategien	88
8. Vorurteile als Nährboden für Rechtsextremismus	92
9. Parlamentarische Strategien	94
9. Zusammenfassung und Ausblick	97
Literatur	101

1. Einleitung

Rechtsextreme Parteien und Bewegungen verbuchen derzeit nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt Erfolge. An Länderbeispielen wie Polen oder Ungarn können wir erkennen, wie die extreme Rechte eine freiheitlich demokratische Grundordnung systematisch zerstört. Allerdings lassen sich Hoffnungsschimmer erkennen: In Polen wurde die rechtskonservative Partei »Recht und Gerechtigkeit« abgewählt, nachdem diese jahrelang die Demokratie immer weiter ausgehöhlt hatte. Die neu gewählte Regierung versucht nun – trotz Widerstand der Rechten – die liberale demokratische Grundordnung wiederherzustellen.

Und obwohl es in Deutschland derzeit eine hohe Zustimmung zur rechtsextremen Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) und einer verstärkten rechtspopulistischen Stimmungslage im öffentlichen politischen Diskurs gibt, formiert sich zunehmend eine Gegenbewegung zum rechten Trend. So scheint ein großer Teil der Bevölkerung die Bedrohung von rechts zu realisieren, nachdem öffentlich wurde, dass ein Geheimtreffen in Potsdam von Rechtsextremen stattfand, darunter Mitglieder der AfD, der WerteUnion und Unternehmern, um einen Plan für die Vertreibung von Personen in Deutschland mit Migrationsgeschichte zu diskutieren. Diese geplante »Remigration«¹ würde Millionen von Menschen betreffen, darunter auch Personen mit einem deutschen Pass (vgl. Tagesschau 2024). Das Treffen erinnert an die sogenannte Wannseekonferenz, bei der sich 1942 hochrangige NS-Vertreter in einer Villa am Wannsee trafen, um auf Behördenebene eine möglichst »effiziente« Ermordung europäischer Jüdinnen und Juden zu planen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2022).

Die erschreckende inhaltliche und geografische Nähe der beiden Veranstaltungen hat zu einer bundesweiten Protestbewegung in Deutschland geführt, was Hoffnung gibt. Die Aufgabe der Zivilgesellschaft besteht jetzt darin, konsequent gegen Rechtsextremismus vorzugehen und die Politiker*innen von ihrer zunehmenden Annäherung an rechte Positionen wie eine restriktive Asyl- und

¹ Ursprünglich kommt der Begriff »Remigration« aus der Migrationsforschung und umfasst vor allem freiwillige Formen der Rückkehr. Dieser Begriff wurde aber von Rechtsextremen umgedeutet als »Euphemismus für die Forderung nach massenhafter Ausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund« (Oltmer 2017).

Sozialpolitik abzubringen. Die Übernahme dieser Inhalte führt nur zu ihrer Legitimation und somit einer stärkeren Verankerung von Rechtsextremismus in der Bevölkerung.

Denn jene Einstellungen und die damit einhergehende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind kein Randphänomen der Gesellschaft. Sie sind in jeder Schicht vorhanden: ob in der Arbeiter*innenklasse, in der Mittelschicht oder in der Oberschicht – überall. Nur mag vielleicht der Arbeiter auf dem Bau seine Vorurteile direkter äußern als eine Ärztin oder ein Arzt. Dabei ist eine Person mit rechtsextremen Einstellungen nicht unbedingt gleich ein stereotyper Neonazi mit Glatze und Baseballschläger, der gerne politisch Andersdenkende verprügelt. Das Gedankengut kann jahrelang in einem Kopf schlummern, ohne dass daraus politische Aktionen wie die Wahl einer rechtsextremen Partei oder gar Aktivitäten in einer entsprechenden Bewegung wie beispielsweise PEGIDA einhergehen.

Oft mobilisieren bestimmte Personen, Parteien oder Bewegungen mit ihren Ansprachen ebendiese Personen, indem sie durch bestimmte Themen das rechte Potenzial aktivieren: Sie beschuldigen Migrant*innen, ihnen die Arbeitsplätze wegzunehmen oder behaupten, dass diese eine Bedrohung für das hiesige Sozialsystem darstellen. Wie wir derzeit weltweit sehen, eignet sich diese Sündenbock-Strategie gut, um Wahlerfolge zu erzielen. Dank einer diese Ängste schürenden Rhetorik ist es durchaus realistisch, dass ein*e Arbeiter*in, die*der immer schon sozialdemokratisch gewählt hat, dann ihre oder seine Stimme einer rechtspopulistischen oder rechtsextremen Partei gibt. Auch der*die Beamt*in, der*die schon immer die Union gewählt hat, läuft plötzlich und trotz guter ökonomischer Absicherung bei PEGIDA, Querdenken oder Ähnlichem mit. Mit der Rhetorik der Angst wird zum Beispiel die Sorge um die eigene ökonomische Absicherung befeuert, die angeblich durch Migrant*innen bedroht sei.

Oft geht eine reale Verlustangst mit einer verkürzten oder fehlgeleiteten Verantwortungszuschreibung einher: Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren und damit die ökonomische Absicherung, ist in einer Zeit zunehmender Arbeitsmarktliberalisierung realer denn je. Hinzu kommen die Folgen der Covid-19-Pandemie und des Kriegs in der Ukraine, die Teil von scheinbar dauernden Krisen sind und die vor allem die wirtschaftlichen Probleme zunehmend verstärken: Arbeitsplätze werden abgebaut und Menschen in Kurzarbeit geschickt.

Allerdings werden die Probleme oft nicht dort gesucht, wo sie verursacht werden. Es ist schwieriger, sich mit unserem Wirtschafts-

system und den daraus resultierenden Unsicherheiten oder dem Handeln der Regierung auseinanderzusetzen, als Personengruppen dafür verantwortlich zu machen, da es sich um sehr komplexe und nicht direkt greifbare Themen handelt. Damit einher gehen ein stark ausgeprägter Leistungsgedanke und eine Stigmatisierung von Armut. Aus dieser Perspektive gelten von Armut betroffene Menschen als »faul«, weil sie scheinbar nicht genug leisten. So werden arbeitslose Menschen unter anderem auch abfällig als »Hartzler« beschimpft, die scheinbar zu faul sind, sich Arbeit zu suchen. Somit bedeutet arm sein, ausgegrenzt und stigmatisiert zu werden. Und wer will das schon? Deshalb gilt: Bloß nicht betroffen sein und falls man selbst doch von Armut bedroht sein sollte, dann die Schuld bei anderen suchen.

In diesem Buch wird in das Thema Rechtsextremismus eingeführt und es werden Vorschläge für Gegenstrategien gemacht. Dazu wird zunächst der Frage nachgegangen, was Rechtsextremismus ausmacht und welche Stellung dieser in der Gesellschaft hat. Daran anknüpfend wird beschrieben, wie extrem rechte Einstellungen entstehen. Hierfür werden verschiedene Ansätze ausgewählt. Der Fokus liegt dabei auf der Erklärung von Rechtsextremismus auf der Grundlage von Wirtschaft und Globalisierung. Es folgt eine Beschreibung, wie Rechtsextremismus und Verschwörungsideologien zueinander in Verbindung stehen. Anschließend werden die grundlegenden Handlungsfelder und Strategien der extremen Rechten behandelt – von verschiedenen Strömungen über die Organisationsstruktur bis hin zu Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft. Wie gesellschaftliche und politische Mitbestimmung die Verbreitung von Rechtsextremismus eindämmen kann, wird im Weiteren erläutert. Um Rechtsextreme besser im täglichen Leben erkennen zu können, werden Erkennungsmerkmale wie Codes, Symbole, Kleidungsstile und Musik erklärt. An die Strategien und Handlungsfelder der extremen Rechten anknüpfend werden schließlich Gegenstrategien vorgestellt, die das Ziel haben, Rechtsextremen den Nährboden für ihre menschenverachtende Ideologie zu entziehen. Darunter fallen der Umgang mit rechtsextremen Äußerungen, Strategien vor Ort in der Kommune, Vorgehensweisen gegen die extreme Rechte im Betrieb und im Netz, Strategien gegen Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft, Recherche- und Aufklärungsarbeit, zivilgesellschaftliche und parlamentarische Gegenstrategien sowie Antidiskriminierungsarbeit.

2. Rechtsextremismus – was ist das?

Rechtsextremismus: Sammelbegriff verschiedenster Strömungen

Es gibt mehrere Definitionen von Rechtsextremismus, für die auf verschiedene Merkmale zur Begriffsbestimmung zurückgegriffen wird. Innerhalb der deutschen Sozialwissenschaft konnte sich in den letzten Jahren auf eine »Konsensdefinition« geeinigt werden. Demnach ist Rechtsextremismus »ein Einstellungssyndrom, das Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus,² die Affinität zur (nationalen) Diktatur, die Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus³ umfasst« (Best 2016: 122). Das bedeutet, dass Rechtsextremismus auf mehrere grundlegende Einstellungen zurückgeführt werden kann. Wenn diese Einstellungen zusammen auftreten und ein Muster bilden, dann kann von einem geschlossen extrem rechten Weltbild gesprochen werden.

Neben dem Konzept Rechtsextremismus gibt es mehrere ähnliche Begriffe, die sich aber inhaltlich unterscheiden. Darunter fallen Neonazismus und Neofaschismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus. Neonazismus und Neofaschismus wurden vor allem in den Nachkriegsjahren des Zweiten Weltkriegs als Selbstbezeichnung von politischen Bewegungen verwendet. Dabei wurde sich historisch auf den Nationalsozialismus und den Faschismus bezogen. Heutzutage werden diese Begriffe vor allem verwendet, um Personen und Bewegungen zu beschreiben, die sich selbst mit dem Faschismus oder dem Nationalsozialismus identifizieren. Oft wird der Begriff Neofaschismus genutzt, um verschiedene europäische Gruppen zu vergleichen. Jedoch führt dies zum Ausschluss aller Bewegungen, die sich positiv auf den Nationalsozialismus berufen. Denn im Gegensatz zum Faschismus ist der Nationalsozialismus nicht nur autoritär, sondern totalitär und dringt somit in alle Lebensbereiche ein. Außer-

² Chauvinismus bezeichnet ein übersteigertes Überlegenheitsgefühl einer Gruppe, die verbunden ist mit der Abwertung von anderen Gruppen oder Personen außerhalb dieser Gruppe. Darunter kann zum Beispiel ein Überlegenheitsgefühl von Männern gegenüber Frauen bezeichnet werden oder das Überlegenheitsgefühl einer Nation gegenüber einer anderen.

³ Unter Sozialdarwinismus wird verstanden, dass die Entwicklung der sozialen Verhältnisse und der Gesellschaft als ein Kampf ums Überleben verstanden wird, wo nur die Stärksten und die Besten überleben.

dem beinhaltet dieser zusätzlich einen Antisemitismus, der auf die Vernichtung aller Jüdinnen und Juden abzielt (vgl. Salzborn 2018).

Im Gegensatz zu Neofaschismus und Neonazismus stellt Rechtsradikalismus einen Sammelbegriff verschiedener politischer Strömungen dar. Zunächst wurde er von konservativer Seite verwendet, um rechte und linke Radikale gleichzusetzen, die aus ihrer Sicht gleichermaßen eine Bedrohung für die freiheitlich demokratische Grundordnung darstellten. Allerdings wurde der Begriff auch als eine Alternative zum Rechtsextremismus oder als eine abgeschwächte Version dessen verwendet. Somit ist eine klare Definition von Rechtsradikalismus nicht möglich. Außerdem wird kritisiert, dass Radikalismus eine grundlegende Gesellschaftskritik mit sich bringt, was nicht auf das rechte Spektrum zutreffen kann, da diese die bestehende Herrschaftsordnung nicht radikal kritisiert (ebd.).

Derzeit verwenden die Verfassungsschutzbehörden einen allgemeinen und politisch wertenden Extremismus-Begriff im Sinne einer »Hufeisen-Theorie«. Der Kern dieser These liegt darin, dass sich rechte und linke Extreme einander annähern. Daraus wird von den Sicherheitsbehörden geschlussfolgert, dass alle »Extremist*innen« gleichermaßen eine Bedrohung für die Demokratie darstellen. Wissenschaftlich ist diese These aber nicht haltbar. Denn Extremismus gilt als Sammelbegriff für verschiedene Phänomene. Darunter fallen nicht nur Linksextremismus und Rechtsextremismus, sondern auch religiöser Fundamentalismus, Terrorismus sowie totalitäre und autoritäre Herrschaftsformen. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Konzepten sind dabei größer als ihre Gemeinsamkeiten.

Extremismus wird aus der Perspektive der Verfassungsschutzbehörden als Gegenstück zur Demokratie gesehen. Allerdings erlaubt das einfache Rechts-Links-Schema keine Schlussfolgerungen über die Verteilung von antidemokratischen Potenzialen in der Gesellschaft. Denn die politische Realität, wie sie im Extremismuskonzept dargestellt wird, lässt sich nicht auf einer einzigen Rechts-Mitte-Links-Achse abbilden. Vielmehr bedarf es weiterer Dimensionen, wie einer Demokratie-Autoritarismus-Achse. Denn so kann beispielsweise zwischen einem demokratischen und einem autoritären Sozialismus unterschieden werden. Die extreme Rechte ist jedoch wegen ihres völkisch-nationalistischen Selbstverständnisses von Grund auf antidemokratisch (vgl. Stöss 2015).

Derzeit wird vor allem der Begriff des Rechtspopulismus verwendet, um verschiedene Parteien zu vergleichen und einzugruppieren. An sich bezeichnet Populismus aber eine Art der politischen

Kommunikation und Rhetorik. Diese nimmt Bezug auf das »Volk« zur Rechtfertigung eigener Handlungen, aber auch zur Ansprache und Identifikation mit diesem. Es wird in dessen Namen gesprochen, um eigene politische Zielsetzungen zu begründen. Was genau unter »Volk« verstanden wird, ist jedoch Auslegungssache und wird oft bewusst nicht genau festgelegt. Unterschiede zwischen dem »Volk« und der »Elite« existieren meist nur hinsichtlich einiger spezifischer Kategorien, um im Zuge der Ausgrenzung von »Eliten« ein Gemeinschaftsgefühl zu konstruieren. Dies wird wiederum zur Mobilisierung aktiviert (vgl. Jagers/Walgrave 2007: 322).

Rechtspopulistische Parteien nutzen diese Rhetorik, um sich Wähler*innenstimmen zu sichern. Sie unterscheiden zwischen dem »Volk« als eine ethnisch in sich geschlossene Gruppe und einer politischen Elite, die gegen die Interessen des »Volkes« handelt (vgl. Mudde 2007). Allerdings sind die Rechtspopulist*innen meist selbst Teil der politischen Elite, was sie nicht davon abhält, sich davon abzugrenzen. In der Regel wird Rechtspopulismus mit Rechtsextremismus in Verbindung gesetzt. Dies bedeutet allerdings nicht, dass alle extrem rechten Parteien auch rechtspopulistisch ausgerichtet sind – und umgekehrt. Es zeigt sich also: Eine Abgrenzung ist schwierig.

Neben der Begrifflichkeit von rechtsextremen Einstellungen existieren auch noch die Begriffe rechtspopulistische Orientierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die in Verbindung zueinanderstehen. Die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit umfasst einen Teil rechter und antidemokratischer Einstellungen. Sie richtet sich gegen die Gleichberechtigung und Würde aller Menschen in der Gesellschaft (vgl. Zick et al. 2017: 66). Darunter fällt beispielsweise, dass Menschen wie Muslim*innen, Jüdinnen und Juden oder andere Personengruppen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit als gesellschaftlich nicht gleichberechtigt erachtet werden. Dies allein reicht jedoch nicht, um jemanden als rechtsextrem oder rechtspopulistisch eingestellt einzuordnen. Dazu braucht es eine Einstellung, die Autoritarismus und somit eine Diktatur befürwortet und damit im Widerspruch zur Demokratie steht. Dies geht einher mit der Befürwortung von Disziplin und Gehorsam. Sollte jemand gegen die Autorität verstoßen oder von der »Normalität«⁴ abweichen, dann wird Gewalt als legitimes Mittel für die Bestrafung er-

⁴ Als von der »Normalität« abweichend wird in diesem Sinne alles bezeichnet, was nicht der von den Autoritäten festgelegten Ordnung entspricht. Das können u.a. Homosexuelle oder politische Andersdenkende sein.

achtet. Eine Person, die rechtspopulistisch eingestellt ist, wird weniger stark Gewalt als Bestrafung einfordern als eine rechtsextrem eingestellte Person. Allerdings ist die Grenze zwischen beiden Einstellungen fließend (vgl. Zick et al. 2019: 132).

Rechte Einstellungen – ein gesellschaftliches Randphänomen?

Gerne wird Rechtsextremismus als ein Randphänomen der Gesellschaft dargestellt. Genauer betrachtet ist dies aber ein Fehlschluss. Der Soziologe Seymour Lipset (1967) stellte in den 1950er-Jahren die These auf, dass der Faschismus der Extremismus der Mitte sei. Seiner Ansicht nach gibt es nicht nur eine Radikalisierung am linken (Kommunismus) und am rechten (traditioneller Autoritarismus)⁵ Rand, sondern auch in der »Mitte« der Gesellschaft. Diese These wurde von Jürgen Falter (1981) widerlegt. Er zeigte auf, dass die Wähler*innen der NSDAP nicht nur aus der Mittelschicht, sondern aus allen sozialen Schichten stammten. Allerdings verdeutlicht dies auch, dass die »Mitte« der Gesellschaft nicht automatisch Garant für eine funktionierende Demokratie ist.

Dies wird auch in der seit 2002 alle zwei Jahre durchgeführten »Mitte-Studie« deutlich. Sowohl in den vergangenen Studien als auch in der aktuellen Studie wird klar, dass es ein »Reservoir von rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung« (vgl. Zick et al. 2023: 59) gibt – Einstellungen, an die während der Coronapandemie angeknüpft werden konnte und die die Zustimmungswerte ansteigen ließen. Es kann demnach eine stete Normalisierung von extrem rechtem Gedankengut festgestellt werden. Eine zunehmende Befürwortung rechtsextremer Positionen geht mit einer stärkeren Billigung politisch motivierter Gewalt einher. Die Herausforderungen für die Demokratie werden immer größer (vgl. ebd.: 61).

Die am 5. Februar 2020 erfolgte Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen mit den Stimmen der AfD zeigt, wie zerbrechlich die »Mitte« ist. »Es war ein Tabubruch mit historischen Parallelen.« (MDR 2021) Denn 90 Jahre vor diesem Ereignis war die NSDAP erstmals an einer Landesregierung mit der Unterstützung der Nationalliberalen und weiteren (rechts-)konservativen Parteien an einer Regierung beteiligt. Nicht zuletzt die breiten Proteste führten letztlich dazu, dass Kemmerich nur knapp einen Monat später, am 8. Februar 2020, sein Amt wie-

⁵ Ein Beispiel für einen traditionellen Autoritarismus ist die Monarchie.

der aufgab. Es wurde allerdings deutlich, wie fragil die Brandmauer nach rechts hin in manchen Gegenden Deutschlands mittlerweile ist.

Was wird überhaupt unter der Mitte der Gesellschaft verstanden? Diesem Konzept folgend wird angenommen, dass es zwei politische Ränder gibt. Letztendlich variieren der Diskurs und die Debatte um die sogenannte Mitte nach Land und Zeit, was mit dem Einfluss von rechts oder links auf die Gesellschaft beziehungsweise der allgemeinen Entwicklung der Gesellschaft, der politischen Elite und dem Einfluss von politischen Interessensverbänden zu tun hat. Beispielsweise steht in Polen der gesellschaftliche Diskurs, was die Rechte von LGBTQI* oder das Recht auf Abtreibung betrifft, deutlich weiter rechts als in Deutschland. Denn hier hat die katholische Kirche noch einen deutlich stärkeren Einfluss auf die Debatte und die »Mitte« als in Deutschland. Sie hat zudem einen starken Einfluss auf die Parteien und somit auch auf die Gesetzgebung.

Auf der anderen Seite ist die Unterscheidung zwischen links und rechts sehr eindimensional, das heißt, es können nicht alle Unterschiede zwischen den politischen Meinungen und Bewegungen erfasst werden. Es besteht die Möglichkeit, weitere Differenzierungen hinzuzufügen. So gibt es beispielsweise zusätzlich die Unterscheidung zwischen liberal und konservativ. Liberal bedeutet dabei unter anderem, Rechte von LGBTQI* oder Geflüchteten zu unterstützen und somit gesellschaftspolitisch offen zu sein. Auf der anderen Seite bedeutet konservativ zu sein in diesem Zusammenhang, dass traditionelle Werte wie die Berufung auf ein traditionelles Familienbild oder das Ablehnen von Abtreibung für eine Person, eine Partei oder eine Bewegung wichtig sind. Das spiegelt sich beispielsweise auch im US-amerikanischen Parteiensystem wider. Die Demokraten vertreten gesellschaftspolitisch liberale Positionen und die Republikaner gesellschaftspolitisch konservative Positionen. Beide sind aber ökonomisch nicht direkt im linken ökonomischen Spektrum einzuordnen, da sie im Allgemeinen wirtschaftlichen Eingriffen durch den Staat und einer wirtschaftlichen Umverteilung eher kritisch gegenüberstehen.

Rechtsextremismus setzt sich also aus verschiedenen Einstellungsmerkmalen wie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Chauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und die Befürwortung einer Diktatur zusammen. Es gibt verschiedene Begriffe, die in Verbindung mit Rechtsextremismus stehen. Darunter fällt unter anderem Rechtspopulismus, was

nur bedingt vom Rechtsextremismus abzugrenzen ist. Insgesamt sind rechtsextreme Einstellungen auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft verbreitet und stellen daher kein Randphänomen dar.